

SO Fa



Deutscher
Familien
Verband
LV Bayern e.V.

Soziales & Familie

Ausgabe 2024

auch online

DAS ÄNDERT SICH 2025

Der große Überblick



#BILDUNGSDEBAKEL

Schule neu denken

EDITORIAL



Foto: Dietrich Mangold, München

LIEBE DFV-FAMILIEN, LIEBE LESERINNEN UND LESER!

#Bildungskatastrophe, #Bildungsnotstand, #Lehrermangel, #Leistungsschwäche, #Integrationsprobleme, #mangelnde Digitalisierung, #Pisa-Schock, #Pisa-Debakel.

Was ist los mit unserem Bildungssystem?

Die internationale Pisa-Studie, die im Dezember 2023 veröffentlicht wurde, hat wiederholt gezeigt, dass wir in Deutschland vor einer Bildungskatastrophe stehen. Das Ergebnis der Studie gibt den Kompetenzstand der 15-jährigen Jugendlichen in Mathematik, Naturwissenschaften und im Lesen aus dem Jahr 2022 wieder. Besonders bedenklich ist, dass Deutschland nach einigen leichten Verbesserungen in früheren Pisa-Studien nun auf dem Niveau der ersten Pisa-Studie angekommen ist, die 22 Jahre zurückliegt. Das Pisa-Debakel deutscher Schülerinnen und Schüler ist besorgniserregend und beschäftigt die Politik. Die Bundesregierung entwickelt ein Startchancenprogramm. In Bayern, das im Vergleich zu den anderen Bundesländern noch recht gut abschneidet, entwickelt die Bayerischen Staatsregierung eine Pisa-Offensive. Warten wir die Ergebnisse ab.

An unserem Landesverbandstag mit dem Schwerpunktthema „Zukunft der schulischen Bildung“ haben wir uns mit dem Thema Schule/Bildung beschäftigt. Sicher ist, ohne Einbeziehung von Eltern und Jugendlichen (s.S. 8 [Jugendstrategie.de](https://www.jugendstrategie.de)) geht es nicht, es braucht eine Vielfalt von Maßnahmen und Mitstreitern. Schule braucht neue Strukturen und muss neu gedacht werden.

Liebe DFVler und Freunde! Wieder geht ein Jahr, das leider weiter durch Krisen geprägt war, zu Ende. Fast könnte man den Mut verlieren. Aber wer sollte denn optimistisch in die Zukunft blicken, wenn nicht wir als Familien. Gemeinsam können wir etwas verändern und gestalten, wir können uns gegenseitig unterstützen und füreinander da sein, im Deutschen Familienverband, wo sich so viele Menschen ehrenamtlich engagieren. Ein herzliches Dankeschön für Euer/Ihr Engagement.

Euch/Ihnen allen wünsche ich frohe Feiertage. Fürs neue Jahr 2025 wünsche ich allen Glück und Gesundheit!

Sabine Engel
Ehrevorsitzende, Medienrätin



INHALT

- S_03 FAMILIENLAND BAYERN: KÜRZUNG VON FREIWILLIGEN LEISTUNGEN – FAMILIENGELD UND PFLEGEgeld WERDEN MASSIV GEKÜRZT, AUCH DAS BAYERISCHE KRIPPENGELD FÄLLT WEG
- S_03 STELLUNGNAHME DES DFV ZUR KÜRZUNG DES FAMILIEN- UND LANDESPFLEGEgeldES
- S_04 LANDESVERBANDSTAGUNG IN ORTENBURG VOM 11. BIS 13.10.2024
- S_06 BUCHVORSTELLUNG „GUTE BILDUNG SIEHT ANDERS AUS“
- S_07 WIE LÄSST SICH MEDIENKOMPETENZ FÖRDERN? – DIE BLM STIFTUNG MEDIENPÄDAGOGIK BAYERN STELLT IHRE PROJEKTE VOR

- S_08 UNSER SCHULSYSTEM BRÖCKELT
- S_09 VERBÄNDE DER AGF BAYERN FORDERN: FAMILIE IN DEN MITTELPUNKT
- S_10 DRITTER BAYERISCHER FAMILIENPFEL
- S_11 POSITIONIERUNG DES SOZIALEN NETZ BAYERN
- S_12 DFV ZU UNION-ANTRAG: ENDLICH WIEDER SCHWUNG BEI STEUERLICHER ENTLASTUNG VON FAMILIEN
- S_13 100 JAHRE DEUTSCHER FAMILIENVERBAND
- S_13 JAHRESBERICHT AUS DEM MURNAUER FAMILIENVERBAND
- S_14 GROSSER MARTINSUMZUG IN WEILHEIM ZUM 54. MAL
- S_14 STEINBRÜCHLEIN KÄRWA
- S_15 DAS ÄNDERT SICH 2025
- S_16 GUTE GRÜNDE FÜR EINE MITGLIEDSCHAFT IMPRESSUM

FAMILIENLAND BAYERN

Kürzung von freiwilligen Leistungen – Familiengeld und Pflegegeld werden massiv gekürzt, auch das bayerische Krippengeld fällt weg

Pressemitteilung Oktober 2024

SCHARF: „EINE MILLION MAL FAMILIENGELD FÜR UNSEREN GRÖSSTEN SCHATZ IN BAYERN – DIE KINDER“

Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Familienministerin Ulrike Scharf überreichen Scheck

Das bayerische Familiengeld ist bundesweit einzigartig: Seit der Einführung vor über sechs Jahren haben bereits eine Million bayerische Kinder und deren Familien davon profitiert. Der **Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf** haben heute der Familie des einmillionsten Kindes einen symbolischen Familiengeldscheck in Höhe von 7.200 Euro überreicht.

Dr. Markus Söder, Bayerischer Ministerpräsident: „Bayern ist Familienland: Inzwischen profitieren über 1.000.000 Kinder vom Bayerischen Familiengeld. Das Familiengeld ist eine Erfolgsgeschichte und gibt es so nur bei uns. Wir unterstützen mit monatlich 250 Euro pro Kind, und ab dem dritten Kind sogar mit 300 Euro über 24 Monate, in Summe bis zu 7.200 Euro. Seit dem Start 2018 wurden über 4,6 Mrd. Euro ausgezahlt – unbürokratisch ohne speziellen Antrag und unabhängig vom Einkommen der Eltern. Kinder bereichern das Leben und sind unsere Zukunft. Von der Krippe bis zur Einschulung unterstützt Bayern jedes Kind mit bis zu rund 13.000 Euro. Habe heute sehr gern den symbolischen Scheck an das 1.000.000ste Kind in München gemeinsam mit **Familienministerin Ulrike Scharf**



Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Familienministerin Ulrike Scharf überreichen Scheck

überreicht. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute der Familie!“ Familienministerin Ulrike Scharf: „Kinder sind unser größter Schatz. Bayern ist Familienland. Wir unterstützen Familien kraftvoll mit unserem bayerischen, bundesweit einzigartigen Familiengeld. Eine Million Kinder im Freistaat haben es bereits erhalten. Mir ist wichtig, Familien in Bayern Wahlfreiheit zu ermöglichen und das unkompliziert und unbürokratisch. Familien wissen selbst am besten, was gut für sie ist und welche Art der Kinderbetreuung zu ihrem Leben passt. Wir stehen an der Seite der Familien.“

Pressemitteilung November 2024

SCHARF: „WIR HABEN EINE RICHTUNGSENTSCHEIDUNG FÜR FAMILIEN GETROFFEN“

Bayerischer Nachtragshaushalt 2025 vom Kabinett beschlossen

Es gibt keine Kürzungen bei Familien und Sozialem! Auf der Kabinettsklausur der Bayerischen Staatsregierung wurde der Nachtragshaushalt 2025 beschlossen. Bayerns **Sozialministerin Ulrike Scharf** betont: „Mit dem Nachtragshaushalt haben wir eine wichtige Richtungsentscheidung für die Familien in Bayern getroffen. Wir entwickeln die freiwilligen Leistungen für Familien weiter. Sie brauchen in der Kinderbetreuung mehr Plätze, mehr Qualität und mehr Personal. Wir geben mehr Geld ins System der Kinderbetreuung. Zudem werden bayerische Familien auch weiterhin vom Freistaat mit dem Kinderstartgeld zum 1. Geburtstag der Kinder individuell gefördert.“

Das Familien- und Krippengeld wird deshalb ab dem 1. Januar 2026 zu einer einmaligen Leistung in Höhe von 3.000 Euro zusammengefasst. Im engen Austausch mit Kommunen und Trägern erarbeiten wir zeitnah ein Konzept zur Stärkung der Kinderbetreuung.“

Das neue, einmalige Kinderstartgeld soll zum 1. Januar 2026 beginnen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird das monatliche Familiengeld – wie bis jetzt – weiterhin ausbezahlt. Für die aktuellen Bezieherinnen und Bezieher gibt es folglich keinerlei Änderungen.

STELLUNGNAHME DES DFV ZUR KÜRZUNG DES FAMILIEN- UND LANDESPFLEGEGELDES

Die Kürzung der Bayerischen Staatsregierung zum Familiengeld sowie zum Landespflegegeld ist kaum nachvollziehbar. Hatte sich doch gerade Bayern ihre besondere Familienfreundlichkeit und Unterstützung auf die Fahnen geschrieben. Das Argument, dass es diese Unterstützung als einziges Bundesland nur in Bayern gibt, wird durch die vielerorts sehr hohen Lebenshaltungskosten entkräftet. Nachvollziehbar wäre eine einkommensabhängige Auszahlung des Familiengeldes, als auch des Landespflegegeldes.

Gerade in jungen Familien, in denen das Geld knapp ist, ist die Kürzung des Familiengeldes nicht zu verkraften. Die Unterstützung wird in vielerlei Hinsicht dringend benötigt und viele Familien haben mit diesem Geld geplant. Zudem ist es fraglich, ob das Geld auch in den Kitas ankommt.

Familien, die sich für eine Kita-Betreuung ihres Kindes entscheiden, ist der Besuch der Kita in aller Regel recht teuer – der Ausbau oder die Finanzierung der Kitas hat nicht zur Folge, dass die Gebühren gesenkt werden können. Die Belastung der Familien erhöht sich dadurch wieder, denn das Familiengeld konnte hierfür verwendet werden. Das Krippengeld, ein monatl. Zuschuss von 100 €, wird komplett gestrichen. Damit fällt die einzige familienpolitische Leistung weg, die gezielt nur Familien mit niedrigen Einkommen zusteht.

Die Kürzung des Landespflegegeldes ist gerade bei pflegebedürftigen MitbürgerInnen nicht nachvollziehbar. Im Pflegebereich werden Hilfsmittel benötigt, die durch die Krankenkassen teilweise nicht bezahlt werden und einen kleinen Komfort darstellen. Zudem können sich Pflegebedürftige auch einmal Wünsche erfüllen, die mit ihrem monatlichen Budget nicht möglich wären.

Zusammenfassend sind wir als der DFV strikt gegen die Kürzung von Familien-, Krippen- und Landespflegegeld!

LANDESVERBANDSTAGUNG IN ORTENBURG VOM 11. BIS 13.10.2024

Schwerpunktthema „Zukunft der schulischen Bildung“

Unser diesjähriger Landesverbandstag fand wie jedes Jahr im Tagungshotel „Zum Koch“ in Ortenburg statt. Die Delegierten unserer Ortsverbände trafen sich zum Austausch über die Umsetzung familienpolitischer Ziele und Forderungen des DFV Bayern.

Der Freitagnachmittag war traditionell für unsere Ortsverbände reserviert. Wir hörten Berichte über Angebote und Veranstaltungen vor Ort.

Freitagabend hatten wir Kriminalhauptkommissar Roland Hofmann aus Passau zum Thema „Schockanrufe“ zu Gast. Falsche Polizisten, Enkeltrick oder Schockanrufe – Betrüger haben es besonders auf ältere Personen abgesehen. Wie verhält man sich richtig? Dazu gab Kriminalhauptkommissar Roland Hofmann uns wertvolle Tipps und wies ausdrücklich darauf hin: **Weder die Polizei noch andere Behörden stellen am Telefon Kau-tions- oder Geldforderungen und bieten auch keine Sicherstellung von Wertgegenstände wegen angeblicher Einbrüche in der Umgebung an.** Er berichtete sehr anschaulich über Betrugs-maschen über Internet und per Telefonanruf, es wurde auch ein Original-Schockanruf vorgespielt. Man solle sehr wachsam und auch immer misstrauisch sein.

An den folgenden zwei Tagen, Samstag und Sonntag, standen zentrale Bildungsthemen im Fokus. Unter dem **Schwerpunktthema „Zukunft der schulischen Bildung“** wurden drängende Herausforderungen beleuchtet, die in einem Fragenkatalog zusammengefasst vorab an die Landtagsabgeordneten geschickt wurden. Eingeladen waren Abgeordnete des Bayerischen Landtags.

Zu Gast waren:

Christian Lindinger MdL (FW) Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Herr Christian Lindinger – obwohl kein Mitglied im Bildungsausschuss – stellte sich unseren Fragen.

Nicole Bäumler MdL (SPD) Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus. Da sie nach ihrem Lehramtsstudium 10 Jahre im Schuldienst tätig war, hat sie Erfahrung, wo es im bayerischen Schulsystem hakt, selbst machen können.

Beide Abgeordneten haben unseren Fragenkatalog im Vorfeld erhalten.

Investitionen in Schulgebäude und -gelände und technische Ausstattung, Qualifizierung von Lehrkräften im Hinblick auf die Entwicklung von KI – kann und wird diese sinnvoll im Unterricht eingesetzt werden und gibt es dazu Pläne?

Lindinger: Es wird in den Ausbau der technischen Ausstattung und in die Qualifizierung von Lehrkräften auch im KI-Bereich investiert. Es werden Laptops/Tablets mit 350,- € pro Schüler bezuschusst, wer sich den Rest nicht leistend kann, bekommt ein Poolgerät. Den Lehrkräften wird ein digitales Lehrprogramm zur Verfügung gestellt. In Dillingen wird ein Kompetenzzentrum zur Nutzung von KI geschaffen. KI sei in Informatik bzw. Informationstechnik beinhaltet und somit Pflichtfach.

Bäumler: Es sind dringend Investitionen nötig zur Sanierung der baulichen Angelegenheiten sowie in technische Ausstattung. Die Staatsregierung legt die Verantwortung auf die Aufwandsträger, das sind die Kommunen. Es gäbe angeblich genug Fördermittel, bis zu 70 % der förderfähigen Kosten würden übernommen werden. Auch die digitale Kompetenz muss

gefördert werden, eine Abschirmung der jungen Menschen von digitalen Medien ist weder möglich noch sinnvoll.

Die Lernmittelfreiheit muss auch für digitale Endgeräte gelten, der Zuschuss von 350,- € ist nicht ausreichend, hier wird die Bildungsungerechtigkeit verstärkt.

Bildungs- u. Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche, hierbei interessiert die Durchlässigkeit zw. den unterschiedlichen Schullaufbahnen (von unten nach oben und umgekehrt – Gymnasium-Realschule-Mittelschule –)

Lindinger: Schlagwort: kein Abschluss ohne Anschluss. Es gibt 23 Möglichkeiten, zum Abitur zu kommen. Die Durchlässigkeit von unten nach oben ist gewährleistet. Von oben nach unten bieten die Schulen zu wenig Information; es gibt verschiedene Angebote über die Arbeitsagentur. Die Schulen kennen diese meist nicht, hier ist bessere Vernetzung dringend notwendig. Ganztagschule Fördermittel vom Bund, Aufstockung durch Land Bayern.

Bäumler: Die Durchlässigkeit im bayerischen Schulsystem ist eher nach unten als nach oben vorhanden. Das bestehende Übertrittssystem verstärkt das Hierarchiedenken zwischen den verschiedenen Schulformen. Auch die SPD-Fraktion diskutiert eine längere gemeinsame Beschulung. Vorschläge hierzu müssen jedoch aus vielen Richtungen durch Petitionen, Verbände, Arbeitsgemeinschaften etc. kommen, damit die Landesregierung hier etwas verändert.



Nicole Bäumler MdL und Ricarda Bollinger-Schönnagel

Wie ist der Stand bei der Umsetzung der Ganztagsbetreuung?

Lindinger: Für die Umsetzung der Ganztagsbetreuung sind über 2000 Kommunen in Bayern zuständig, es gibt keine einheitliche Regelung. Der Bund stellt 461 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung und Bayern stockt so weit auf, dass jeder Platz mit 6000,- € bezuschusst wird. Problem hierbei ist vor allem der Fachkräftemangel.

Bäumler: Durch das Recht auf Ganztagsbetreuung wird die Bildungsgerechtigkeit verringert. Eltern und Politik sind sich uneinig, ob offene oder gebundene Ganztagsbetreuung. Die Umsetzung ist wegen Personalmangel unzureichend.

Nach den Ergebnissen der Pisa-Studie – welche Folgerungen ergeben sich? Werden die Lehrpläne angepasst/verändert/entrümpelt? Wie sollen die musischen Fächer gefördert werden, oder welche Planung gibt es dazu?

Lindinger: Zunächst kleiner Exkurs: „Die Petition der Bürger, unangekündigte Leistungsnachweise abzuschaffen, wird nicht vom Ministerpräsidenten entschieden, sondern vom Parlament.“

Der Begriff „Entrümpelung“ bei den Lehrplänen wird als ehrenrührig empfunden, es gäbe kein „Gerümpel“ im Lehrplan. Der Veränderungsprozess sei am Laufen, die Ministerin arbeitet intensiv daran. Der Weg, den Unterricht in den Kernfächern um eine Stunde zu erhöhen und den Unterricht der musischen Fächer und den Religionsunterricht dafür zu kürzen, wird vom Plenum als Irrweg angesehen, gerade der Religionsunterricht sei für ein besseres Miteinander wichtig.

Bäumler: Eine Studie des IFO-Instituts besagt, Bayern ist das bildungsungerechteste Bundesland. Pisa-Maßnahmen: Die Pisa-Offensive der Staatsregierung ist „aus der Hüfte geschossen“. Statt an der Quantität der Unterrichtsstunden sollte man an der Qualität drehen und nicht anderen Unterricht ersetzen und Ausfälle vermeiden. Eine Kürzung der musischen und kreativen Fächer ist nicht nötig, hier wird Kooperation und kreatives Denken geschult. Auch können Schüler, die hier gut sind, ein für die Psyche wichtiges Erfolgserlebnis bekommen, wenn der Erfolg z. B. in Mathe und Deutsch ausbleibt.

Unsere Kinder und Jugendlichen hatten gerade durch die Pandemie extreme Einschränkungen in ihrer persönlichen Entwicklung hinnehmen müssen – wie wird darauf reagiert – soll es mehr Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen geben?

Lindinger: Die Pandemie bewirkte starke Einschränkungen in der persönlichen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Es gibt das Unterstützungsprogramm „gemeinsam Brücken bauen“¹ Es baut auf gleichberechtigten Säulen auf: Lernförderung und Sozialkompetenz.

Es gibt ein umfangreiches Angebot im Internet, das Projekt „MindMatters“². Ein 10 Punkte-Programm zur Aufarbeitung von Problemen wurde als Teil der Lehrerbildung aufgenommen. MindMatters ist in Bayern ein Kooperationsprogramm im Landesprogramm „Gute gesunde Schule Bayern“. Dieses Programm betrifft Lehrer als auch Schüler. <https://mindmatters-schule.de/programm.html>

Bäumler: Es wird zu wenig getan, Schulsozialarbeit sollte breiter an die Schulen gehen, es gibt ein Start Chancen Programm der Bundesregierung für mehr Chancengerechtigkeit an Schulen. Schulen mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern stärken, ist das Ziel dieses Programms. Dafür stellt der Bund 10 Milliarden Euro bereit.



Christian Lindinger MdL und Ricarda Bollinger-Schönnagel

In seinem Schlusswort berichtete der Landtagsabgeordnete Christian Lindinger noch von weiteren Änderungen. Das Gesetz zur Erleichterung des Ehrenamtes wurde auf den Weg gebracht, das durch Änderung anderer Gesetze Hürden auf dem Weg zum Ehrenamt ausräumt.

Bei der anschließenden Diskussion war auch der gravierende Lehrermangel, der zu überlasteten Lehrkräften, Unterrichtsausfällen und damit auch zu einem schlechten Abschneiden der Schüler in der Pisa-Studie führt, Thema. Auch die Frage des Übertritts nach der 4. Klasse wurde intensiv diskutiert. Ein längeres gemeinsames Lernen fördert die Entwicklung der Kinder als eine frühzeitige Trennung.

Die Delegierten forderten mehr Investitionen für eine zukunftsfähige Schulbildung.



Gruppenfoto vom Landesverbandstag

Der Vortrag der Landesschülersprecherin musste wegen kurzfristiger Erkrankung der Referentin entfallen.

Kinder und Jugendliche stehen in der Schule eigentlich im Mittelpunkt. Sie werden aber nur selten oder gar nicht einbezogen, wenn es darum geht, Schule zu gestalten. Welche Vorstellungen haben Schüler von guter Schule? Gerne hätten wir von der Landesschülersprecherin erfahren, welche Ideen Schülerinnen und Schüler haben, und was sich an der Schule aus ihrer Sicht verändern sollte.

Sabine Engel, Ehrenvorsitzende, vertritt die Familienverbände (AGF) im Medienrat. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Medienkompetenz und Inhalte. Sie berichtet über die Arbeit des Medienrat der BLM und der BLM Stiftung Medienkompetenz Bayern.

Der **Medienrat der BLM** (Bayerische Landeszentrale für neue Medien) ist ein pluralistisch zusammengesetztes Gremium, dem 50 Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen in Bayern angehören. Er wahrt die Interessen der Allgemeinheit, sorgt für Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt und überwacht die Einhaltung der Programmgrundsätze. Die Mitglieder des Medienrats genehmigen Rundfunkangebote, stimmen dem Wirtschaftsplan zu, entscheiden über Fördermaßnahmen, stellen Richtlinien zur Programmorganisation auf und wählen den Präsidenten und die Mitglieder des Verwaltungsrats. Zur Vorbereitung seiner Sitzungen bildet der Medienrat Ausschüsse. www.blm.de



Delegierte des Deutschen Familienverbandes

Die Förderung von **Medienkompetenz** zählt zu den gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben der BLM. Bereits seit vielen Jahren setzt sie sich für einen reflektierten, kritischen und verantwortungsbewussten Umgang mit Medien ein.

Der Bericht der **BLM Stiftung Medienkompetenz Bayern** s. **Seite 7.**

¹Das Förderprogramm „**gemeinsam.Brücken.bauen**“ setzt vor allem auf Lern- und Sozialkompetenzförderung sowie auf ergänzende grundlegende Maßnahmen. Das Förderprogramm „gemeinsam.Brücken.bauen“ unterstützt seit dem Schuljahr 2021/2022 die bayerischen Schüler*innen beim Abbau pandemiebedingter Defizite. Im Sinne einer ganzheitlichen Persönlichkeitsbildung greifen dabei die beiden gleichberechtigten Bereiche „Lernförderung“ und „Förderung sozialer Kompetenzen“ ineinander und ergänzen sich. Werden von den Schulen vor Ort individuell und kreativ genutzt, um ihre Schülerinnen und Schüler beim Aufholen nach der Pandemie und beim Erwerb sozialer Kompetenzen bestmöglich zu unterstützen. Da die pandemiebedingten Beeinträchtigungen weiterhin in erheblichem Maße fortbestehen, wird „gemeinsam.Brücken.bauen“ im Schuljahr 2023/2024 fortgesetzt.

²**MindMatters:** Ziele des Programms ist die Entwicklung einer Schulkultur, mit der sich alle Schulmitglieder sicher, wertgeschätzt und eingebunden fühlen. So wird die Schule zu einem Ort, an dem man gerne ist. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Gesundheit von Lehrkräften, z. B. durch die Arbeit an der Beziehungsqualität innerhalb der Schule und in den Klassen. MindMatters liefert einen Beitrag zu mehr Respekt, Toleranz und Achtsamkeit. Verbesserung der Lernbedingungen und Gesundheit der Schülerschaft. Mithilfe der Unterrichtseinheiten zum Umgang mit Gefühlen und psychischen Störungen, zur Resilienzförderung, zum Stresserleben, zu Mobbing und weiteren Themen können die Widerstandskraft und das Wohlbefinden gestärkt und Wissen sowie Kompetenzen erweitert werden.

Buchvorstellung

„GUTE BILDUNG SIEHT ANDERS AUS“

Ricarda Bollinger-Schönnagel, Landesvorsitzende, las aus dem Wissensbuch

„Gute Bildung sieht anders aus“

von Harald Lesch und Klaus Zierer. Ein Buch für Eltern, denen nicht egal ist, was ihre Kinder in der Schule lernen, und überhaupt für alle, die mit Schulen zu tun haben.

Beiden Autoren fordern eine pädagogische Zeitenwende, die Bereiche Lehrpläne, Schule und Schulsystem sowie die Beziehung Lehrer Schüler werden unter anderem behandelt. Es wird nach Gründen gesucht, warum unsere Schüler bei der PISA-Studie immer schlechter eingestuft werden.

Zum Beispiel: Schüler sind körperlich und psychosozial schlecht aufgestellt, es gibt zwar viele Lehrkräfte, aber diese sind oft nicht Vollzeitkräfte, es wird viel Geld investiert und trotzdem geht die Leistung zurück. Die Demokratiefähigkeit und Wirtschaftsstärke hängen von Bildung ab.

Es kann nicht alles die Schule allein leisten, es erfordert ein Gesamtkonzept, das die Eltern mit einbezieht. Lehrpläne brauchen eine grundlegende Reform, es gibt keine Studien über Sinnhaftigkeit der Lehrpläne. In den 39 Wochen eines Schuljahres werden 39 Kompetenzen vermittelt, das heißt 1 Kompetenz pro Woche. Diese sind überfrachtet, oft irrelevant und lebensfern.



Ein breiteres Angebot ist für Erfolgserlebnisse der Schüler wichtig, um das Selbstwertgefühl zu steigern. Deshalb sind gerade die musischen Fächer auch sehr wichtig und sollten nicht eingeschränkt werden.

Tipps: Bücher sind gute Weihnachtsgeschenke

BLM Stiftung Medienpädagogik Bayern

WIE LÄSST SICH MEDIENKOMPETENZ FÖRDERN? – DIE BLM STIFTUNG MEDIENPÄDAGOGIK BAYERN STELLT IHRE PROJEKTE VOR

Eltern sehen sich bei der Erziehung ihrer Kinder zunehmend mit Themen konfrontiert, die sie aus ihrer eigenen Kindheit und Jugend nicht kennen: Junge Menschen nutzen Künstliche Intelligenz für die Hausaufgaben, sie teilen ihren Alltag auf TikTok, Instagram und YouTube und der Berufswunsch vieler ist Influencer. Überhaupt: Social-Media-Angebote stehen immer mehr im Lebensmittelpunkt, dort finden junge Menschen Vorbilder zu Sport-, Umwelt- oder DIY-Themen oder sie entspannen bei unterhaltsamen Clips. Auch sind TikTok, Instagram und YouTube im Grunde zu Suchmaschinen geworden, denn sie bieten Informationen zu allen erdenklichen Themen. Leider kommen junge Menschen dabei immer mehr auch mit Desinformation in Kontakt, sie erleben dort Beleidigungen und Hass oder sogar sexuelle Belästigung. Kein Wunder also, dass Eltern beim Thema Medien und Erziehung verunsichert sind und sich fragen: Wo anfangen, was ist das Wichtigste, worauf muss ich achten?



Kinder bei der Mediennutzung nicht alleine lassen

Schon Kinder kennen sich häufig mit dem Smartphone oder Tablet aus und finden mühelos die Apps, die sie gerne nutzen möchten. Jugendliche wissen, wie sie amüsante Clips drehen, gut inszenierte Fotos machen und sie zur richtigen Zeit posten. Aber ist das alles schon ein kompetenter Umgang mit Medien? Oftmals wird hier etwas verwechselt: Viele Kinder können Medien technisch versiert bedienen. Zu einem kompetenten Umgang gehört allerdings, dass sie Medien kritisch, selbstbestimmt und verantwortungsbewusst nutzen – und das müssen junge Menschen erst lernen. Dabei müssen sie von ihren Eltern, aber auch von Lehrkräften und pädagogisch Tätigen unterstützt werden. Deshalb stärken die Angebote der gemeinnützigen BLM Stiftung Medienpädagogik Bayern seit über 15 Jahren nicht nur die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, sondern auch die der Erwachsenen.

Hier finden Eltern Unterstützung

Seit vielen Jahren bietet das [Medienpädagogische Referentennetzwerk Bayern](#) bayernweit Elternabende an, bei denen Eltern Fragen stellen können. Eine Referentin bzw. ein Referent kommt in die Einrichtung und spricht über ein spezielles Medienthema, beantwortet Fragen, vermittelt medienpädagogisches Hintergrundwissen und gibt Tipps. Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Familienzentren und Schulen können die Elternabende buchen und werden bei der Planung von der Stiftung beraten und unterstützt.

Eltern können außerdem die [Informationsbroschüren der Stiftung](#) bestellen, die Fragen zu den Themen „Apps sicher nutzen“, „Kinder und Werbung“, „Games sicher nutzen“ oder „Kindergartenkinder und ihre Medien“ beantworten und Tipps geben.

So können Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte Medienkompetenz fördern

Lehrkräfte und pädagogisch Tätige können die Materialien des [Medienführerscheins Bayern](#) in ihrem Unterricht bzw. ihrem pädagogischen Alltag einsetzen. Der Medienführerschein Bayern bietet Materialien und digitale Lerninhalte für Kindergärten, Schulen und die außerschulische Jugendarbeit an, um das Thema Medienkompetenz mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu behandeln. Aktuelle und relevante Medienthemen wie Fake News und Faktencheck, Schutz der eigenen Daten und Privatsphäre oder der Umgang mit Cybermobbing sind verständlich für das jeweilige Alter der Kinder und Jugendlichen aufbereitet.



Für die Teilnahme am Medienführerschein Bayern gibt es sogar eine Urkunde – seit Start der Initiative der Bayerischen Staatsregierung, die durch die Stiftung koordiniert wird, wurden bereits über 1.650.000 Urkunden überreicht.

Das hilft Schulen bei der medienpädagogischen Elternarbeit

Für Lehrkräfte hat die Stiftung Musterpräsentationen und Materialien wie digitale Schaubilder, Film-Clips und Leitfäden zu vielen medienpädagogischen Themen entwickelt, die sie bei ihrer **medienpädagogischen Elternarbeit** einsetzen können. Für Eltern gibt es Hintergrundinformationen, Erklärvideos und Handlungstipps, die im Erziehungsalltag bei Themen wie Medien und Gesundheit, Sicherheitseinstellungen an Geräten, aber auch beim Umgang mit sexualisierten Inhalten unterstützen. Einige Materialien für Eltern gibt es außerdem in Englisch, Arabisch und Türkisch. Alle Materialien sind im Rahmen der „Digitalen Schule der Zukunft“ des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus entstanden. Sie können beim [mebis Magazin](#) heruntergeladen werden.

Alle Angebote der [BLM Stiftung Medienpädagogik Bayern](#) sind kostenlos.

Die Initiative Medienführerschein Bayern sowie das Medienpädagogische Referentennetzwerk Bayern werden von der Bayerischen Staatskanzlei gefördert. Das Projekt Medienpädagogische Unterstützung der Erziehungspartnerschaft mit Eltern wird vom Bayerischen Kultusministerium gefördert.

Weitere Informationen zur BLM Stiftung Medienpädagogik Bayern und ihrem kostenlosen Angebot finden sie unter www.stiftung-medienpaedagogik-bayern.de





Deutsches Schulsystem

UNSER SCHULSYSTEM BRÖCKELT

Ein Schulsystem aus dem 19. Jahrhundert, Lehrkräfte aus dem 20. und Schüler:innen aus dem 21. – die aktuelle Lage in Deutschland. Viele kritisieren unser derzeitiges System und ich finde: zurecht. Es ist veraltet und alles andere als zeitgemäß. Doch was müsste sich ändern, damit sich dieses System unseren aktuellen Lebensumständen anpasst? Wir haben recherchiert und mit dem Lehrer und Bildungsinfluencer Bob Blume gesprochen.

Was ist die aktuelle Situation?

Die Zeiten ändern sich. Durch Einflüsse wie **Digitalisierung** und mehr Wunsch zur **Mitbestimmung der Gesellschaft** muss sich unser Umfeld anpassen oder es bleibt stecken und geht unter. Gerade in der Arbeitswelt sehen wir, wie sich Firmen immer modernere Konzepte des Arbeitens und sozialen Miteinanders ausdenken müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Und die **Bildung**? Hier gibt es **wenig Druck für strukturelle Anpassungen**. Da das Bildungssystem staatlich geregelt ist, wird es von der Politik „geschützt“. Außerdem herrscht in Deutschland die Schulpflicht. Egal in welchem miserablen Zustand sich die Schulen also befinden und ob der Stundenplan noch zeitgemäß sind: Alle Kinder ab 6 Jahren müssen eingeschult werden. Aber die reale Unzufriedenheit bleibt: Schüler:innen und Lehrkräfte fordern seit langem Veränderungen.

Was sind die Probleme?

Die größten Probleme: **Es fehlen so viele Lehrkräfte wie noch nie**. Schulen haben **zu wenig Ausstattung** und die **Klassen sind viel zu überfüllt**. Hinzu kommt, dass Schüler:innen immer schlechter in ihren Leistungen abschneiden. Die PISA-Studie ist der weltweit wichtigste Vergleichstest, in dem die Leistungen von 15-jährigen Jugendlichen in den Kompetenzen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften verglichen werden. Sie wird seit dem Jahr 2000 alle 3 Jahre durchgeführt. Die aktuellen **PISA-Ergebnisse** sind erschreckend. Sie sind die schlechtesten Ergebnisse für Deutschland seit Beginn der Umfrage.

Das aktuelle deutsche Schulbarometer, welches im Auftrag der Robert Bosch Stiftung Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zur aktuellen Situation befragte, sieht aktuell drei Herausforderungen:

Fachkräftemangel, Lernrückstände und Aufnahmekapazitäten.

Es gehen immer mehr Lehrer:innen in Rente und es kommen nur wenige nach. Einer Umfrage des Redaktionsnetzwerks Deutschland zufolge, blieben im Jahr 2023 etwa 12.000 Stellen unbesetzt. Dieser Mangel ist kaum auszugleichen, was enorme Mehrbelastungen für bestehende Lehrer:innen, Schüler:innen und am Ende auch Eltern darstellt.

Woher kommt der Lehrkräftemangel? Das hat verschiedene Gründe:

- Viele aktive Lehrkräfte gehen in den Ruhestand. Es kommen jedoch wenig Neue nach, die die Stellen besetzen können.
- Zeitgleich steigt die Zahl an Schüler:innen; es werden also noch mehr Lehrkräfte gebraucht als zuvor.
- Die Arbeitsbedingungen in Grund- und Oberschulen sind nicht mehr zeitgemäß, wodurch die Attraktivität des Berufes zunehmend sinkt. Lehrkräfte gehen zu anderen Angeboten, wie zum Beispiel in die Erwachsenenbildung, in Verlagen und in andere pädagogische Berufe, die modernere Arbeitsbedingungen haben.
- Lehrer:innen erhalten oft wenig Anerkennung und die Vergütung ist im Vergleich zu anderen akademischen Berufen gering. Dadurch entscheiden sich viele Menschen für andere Berufe.

Die Zukunft sieht schlecht aus

Jahr für Jahr verschärft sich das Problem: Mehr Schüler:innen, weniger Lehrkräfte. Nach Angaben der Kultusministerkonferenz (KMK) wird die Anzahl an Schüler:innen bis 2035 um eine halbe Million steigen. So geht die KMK davon aus, dass bis 2030 rund 55.000 zusätzliche Lehrkräfte fehlen werden.

Nicht nur Personal ist das Problem

Auch die **Motivation** von Schüler:innen **sinkt stetig**. Der Bildungsinfluencer Bob Blume, bekannt als Netzlehrer, ist Autor, Podcaster und selbst Lehrer an einem deutschen Gymnasium in Baden-Württemberg. Er beschäftigt sich online viel mit den Dingen, die aus seiner Perspektive an Schulen falsch laufen und stellt sich die Frage, wie das deutsche Bildungssystem möglichst hilfreich für alle Schüler:innen sein kann – aber auch die Lehrkräfte mitdenkt.

Unter anderem ist Blume der Meinung, dass **Noten in der Schule abgeschafft werden müssen**, was aber für ihn nicht heißt, dass auch die Idee von Leistung abgeschafft werden soll.

Fakt ist: Schulen, die immer wieder für den deutschen Schulpreis von der Robert Bosch Stiftung und der Heidehof Stiftung ausgezeichnet werden, zeigen, dass Lernen ohne Noten nicht nur möglich ist, sondern dass dadurch auch das erfolgreiche Lernen bei Schüler:innen gefördert wird. Die Anne-Frank-Schule Bargteheide nutzt beispielsweise als Beurteilungssystem Portfolioarbeiten und Lernentwicklungsgespräche.

Bildungs- und Chancengleichheit ist ein Mythos

Vor allem ist unser **Bildungssystem** aber auch **sozial ungerecht**. Eine neue Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts ifo macht deutlich: Wenn kein Elternteil Abitur hat, besuchen demnach nur 28,2 Prozent der Kinder ein Gymnasium. Hat ein Elternteil Abitur, steigt dieser Anteil schon auf 57,9 Prozent; sind es beide Elternteile, liegt der Wert bei 75,3 Prozent. Ein Kind mit **Professorelneltern** hat also dreimal so große Chancen wie ein **Facharbeiterkind**, eine Empfehlung für das Gymnasium zu bekommen. Und das bei gleicher Kompetenz. Der Bildungsinfluencer sagt dazu: „Das Schulsystem funktioniert nur für diejenigen mit den besten Voraussetzungen“ und bestätigt damit die Ungerechtigkeit in unserem Bildungssystem. Wir haben auf **Instagram** nach euren **Kritikpunkten** gefragt. Demnach haben Schulen einen **zu hohen Leistungsdruck, keine individuelle Förderung** und ihr das Gefühl, **nur für Noten zu lernen**. Auch wurde von euch kritisiert, dass Bildung in Deutschland nicht einheitlich ist.

Marvin (20): Ich studiere derzeit selber Lehramt und hab eine klare Meinung:

„Das Schulsystem ist nicht mehr zeitgemäß und muss dringend überarbeitet werden. Noten verursachen bei Schüler:innen Stress, Ängste und teilweise Depressionen, wenn sie veralteten Stoff für die nächste Klausur auswendig lernen müssen. Das hat unsere Zukunft im 21. Jahrhundert nicht verdient.“

In Schulen sitzt unsere Zukunft. Es ist dringend an der Zeit, Schulen attraktiver und zu tatsächlichen Lernorten werden zu lassen, sowohl für die Lernenden als auch für Lehrkräfte. Dankeschön.

Euer Marwin

Quellen:

<https://www.rnd.de/politik/die-zehn-grossten-fehler-in-deutschlands-bildungssystem-3ZBSSKJ3BC4PKRFFHEHY4JPFE.html>

(Abgerufen am 18.03.2024)

<https://www.tagesschau.de/wissen/forschung/schulbarometer-personalmangel-lernrueckstand-101.html> (Abgerufen am 18.03.2024)

<https://karlhosang.de/deutsches-schulsystem-kritik/> (Abgerufen am 18.03.2024)

AGF Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen in Bayern

VERBÄNDE DER AGF BAYERN FORDERN: FAMILIE IN DEN MITTELPUNKT

Bayerischer Familiengipfel – Positionspapier

Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie bieten Geborgenheit, Unterstützung und Werte, die unser Miteinander prägen. Doch gleichzeitig stehen viele Familien vor großen Herausforderungen, sei es aufgrund von finanziellen Belastungen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der notwendigen Unterstützung bei der Erziehung und Betreuung der Kinder und der pflegenden Angehörigen.

Die AGF würde es bekanntermaßen sehr begrüßen, wenn Familien die Anforderungen der familialen Verpflichtungen in angemessener, individueller Weise ausüben könnten und so auf die ganze Fülle der Aufgaben nicht in materieller Not und nicht aufgrund fehlender Unterstützung, in adäquater Weise angehen können.

Deshalb schlägt die AGF vor, das Prinzip der Wahlfreiheit stärker im gesellschaftlichen und familiären Miteinander zu berücksichtigen. Nach den Prinzipien der Personalität, der Solidarität und der Subsidiarität ausgelegt, würde diese Wahlfreiheit die Familien unterstützen und ihnen zugutekommen.

Unsere Themen für diesen Familiengipfel reichen von psychischer Gesundheit, über die Herausforderungen der häuslichen Pflege und den Belastungen von pflegenden Angehörigen, bis hin zum Thema Demokratiebildung und welche Rolle Familien in diesem Zusammenhang spielen.

Im Fokus steht der Austausch, um gemeinsam visionäre Ideen zu entwickeln und umzusetzen, damit die Lebensbedingungen von allen Familien nachhaltig verbessert und unterstützt werden.

Demokratiebildung in Familien

In unserer Zeit stellt Demokratieförderung eine zentrale Herausforderung für Gesellschaft und Politik dar – besonders angesichts des zunehmenden Zulaufs zu populistischen, demokratie-feindlichen Parteien und Strukturen. Diese Entwicklung ist ein alarmierendes Zeichen für die wachsende Unsicherheit in der Gesellschaft.

Familien, als erster Ort der Demokratiebildung, benötigen das Vertrauen in ihre eigene Selbstwirksamkeit und in die Politik, um ihre Herausforderungen im Familienalltag gut meistern zu können und immun gegen populistische und demokratiefeindliche Strömungen zu werden.

Deshalb fordern wir als AGF:

Stärkung der Gemeinwesenarbeit durch Schaffung von vielfältigen Begegnungsräumen, die durch niedrigschwellige Angebote den Zusammenhalt und das gesellschaftliche Miteinander fördern.

Diese Angebote müssen systematisch und auskömmlich gefördert und unterstützt werden, um eine langfristige Wirkung zu zeigen.

Flächendeckender Ausbau der Familienbildung im Bereich Demokratie, da Familien der erste Lernort für gelebte demokratische Strukturen sind. Hierbei dürfen vor allem auch armutsgefährdete Familien nicht übersehen werden, da sie am stärksten von gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen sind. Ausbau der Medienkompetenz-Angebote zur Erkennung von Fake News für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Fähigkeit zwischen validierten Fakten und generierten oder meinungsbasierten Fakten und verzerrten Informationen zu unterscheiden, ist entscheidend für eine faktenbasierte Meinungsbildung und zum Schutz vor Desinformation.

Schaffen von Räumen und kostendeckend refinanzierten Angeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten zu politischer Bildung und Mitgestaltung innerhalb und

außerhalb von Kita und Schule. Eine enge Verzahnung dieser Angebote ist notwendig, um die Selbstwirksamkeit der Zielgruppen durch Partizipation in und außerhalb von Kita und Schule zu stärken.

Pflegende An- und Zugehörige in den Familien

Als Verband der großen Familienorganisationen in Bayern sieht die AGF den Schutz und die Bedürfnisse der zu pflegenden Menschen an vorderer Stelle. Derzeit werden in Bayern über 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause von Angehörigen versorgt und gepflegt. Diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe braucht deutlich mehr Wahrnehmung und Wertschätzung. Deshalb muss es Ziel sein, dass deren pflegende Tätigkeit nicht zum Nachteil für die eigene finanzielle und soziale Teilhabe wird.

Pflegende An- und Zugehörige im häuslichen Umfeld leisten einen unersetzlichen Beitrag für die Bedürfnisse der zu Pflegenden. Bestehende Angebote wie Pflegezeit und Familienpflegezeit betreffen nur die strukturelle Vereinbarkeit von Pflege und Beruf durch zeitlich begrenzte, bezahlte und unbezahlte Freistellung von Erwerbsarbeit. Es bleibt das Risiko von Armut bestehen, die durch Verdienstaustausch aufgrund geleisteter Pflege entstehen kann.

Deshalb fordern wir als AGF:

Pflegeberatungsgespräche müssen alle Möglichkeiten der finanziellen und materiellen Entlastungen der pflegenden An- und Zugehörigen aufzeigen (Optimierung des fachlichen Monitorings). Das bedeutet vor allem weniger Bürokratie durch Vereinfachung der Antragsstellung. Das Informationsangebot muss gestärkt werden und Infokanäle ausgeweitet werden, und zwar mehrsprachig.

Ein Gesamtbudget für Flexibilisierung und Wahlmöglichkeiten bei den abgerufenen Leistungen, darunter auch eine Fortschreibung der monetären Ansprüche im darauffolgenden Jahr (Bsp. Entlastungsbetrag). Die monetäre Unterstützung muss kontinuierlich auf den Prüfstand und regelmäßig angeglichen werden.

Das System der Rentenpunkte muss flexibler gestaltet werden (mit Möglichkeit der Aufteilung auf mehrere Pflegepersonen) und ähnlich zur Erziehungsleistung auch in der häuslichen Pflege stärker rentenwirksam berücksichtigt werden. Wir fordern die Gleichstellung der Pflegeleistung mit der Erziehungsleistung.

Ausbau der Fachstellen für pflegende Angehörige und der Pflegestützpunkte. Auf Landesebene fordert die AGF die Stärkung der Pflegeinfrastruktur – mehr Tagespflege und Kurzzeitpflegeplätze bei besseren Rahmenbedingungen und gleichzeitig als neue Ausrichtung den Ausbau der aufsuchenden Hilfe.

Ebenso den Ausbau präventiver Maßnahmen für pflegende Angehörige: Pflegekurse und konkrete pflegerische Beratung, Hilfen bei psychischer Belastung (z.B. durch sozialpsychiatrische Dienste, Krisentelefone, Online-Plattformen). Besondere Unterstützung benötigen pflegende Kinder und Jugendliche.

Prävention bei psychischer und physischer Belastung der Familien

Auslöser für psychische und physische Belastungen sind vielfältig. Seit dem multiplen Auftreten von gesellschaftlichen Krisen ist der/die Einzelne starken Belastungen ausgesetzt. Am Beispiel der pflegenden An- und Zugehörigen verdeutlicht sich die Beeinträchtigung des eigenen Wohlbefindens, das sich psychisch, physisch und finanziell niederschlagen kann. Familien erleiden dadurch multiple Angriffspunkte, die als Dauerdruckstellen Überforderungsprozesse auslösen.

Prävention von Erschöpfung und Belastung von Familien, jungen und alten Leuten ist eine Angelegenheit von Sozialem, von Gesundheit und Pflege. Studien belegen, dass psychische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter immer weiter zunehmen. Die Zeit während und nach der Covid-19-Pandemie haben diesen Umstand nur noch verstärkt.

Deshalb fordern wir als AGF:

Einen Ausbau von Fachambulanzen und Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie, hierzu müssen niederschwellige Zugänge geschaffen werden. Diese muss präventive, aufsuchende Angebote in die Familienlebenswelten bringen.

Eine enge thematische Vernetzung und Zusammenarbeit der zuständigen bayerischen Ministerien sowie den bereits bestehenden angebotenen Hilfsmaßnahmen, um die betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien systematisch unterstützen zu können. Diese sollen

effektiv zusammen arbeiten unter Einhalten der Datenschutzgarantie als auch der Berücksichtigung der bestehenden Sprachenvielfalt. Ausbau und Erhaltung präventiver Angebote, wie z.B. Frühe Hilfen (Kokis); Angebote zur Erhaltung der psychischen Gesundheit müssen gefördert werden – dazu gehören auch Förderung der Freizeitangebote im musischen und sportlichen Bereich.

Die Ausbildung von Fachkräften für Kinder- und Jugendpsychiatrie, medizinisches und therapeutisches Personal muss priorisiert und das Angebot flächendeckend verstärkt werden.

Lehrkräfte und pädagogisches Personal muss aus- und fortgebildet werden, damit innerfamiliäre Missstände von betroffenen Kindern und Jugendlichen oder psychische Problemlagen bereits in der Kita oder in der Schule erkannt werden können.

Den quantitativen, wie qualitativen Ausbau der Stellen von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an allen Schularten analog zur Schulsozialarbeit sowie an allen Schulen Jugendsozialarbeit.

Akzeptanz und keine Stigmatisierung bei psychischen Erkrankungen!

In der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen (AGF) in Bayern sind der Deutsche Familienverband Landesverband Bayern (DFV), die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf bayern) und der Familienbund der Katholiken Landesverband Bayern (FDK) zusammengeschlossen, federführend im Jahr 2024 ist der FDK Bayern.

DRITTER BAYERISCHER FAMILIENGIPFEL

Verbände der AGF Bayern fordern: Familien in den Mittelpunkt stellen

Mit einem umfangreichen Forderungspapier haben sich die bayerischen Familienverbände an die Politik gewandt. „Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie bieten Geborgenheit, Unterstützung und Werte, die unser Miteinander prägen. Doch gleichzeitig stehen Familien vor großen Herausforderungen, sei es aufgrund von finanziellen Belastungen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der notwendigen Unterstützung bei der Erziehung und Betreuung der Kinder und der pflegenden Angehörigen“, sagte **Landesvorsitzende des Familienbundes der Katholiken Gerlinde Martin** auf dem dritten Bayerischen Familiengipfel.

Im Gespräch mit der **Bayerischen Familien- und Sozialministerin Ulrike Scharf** sowie **Gesundheitsministerin Judith Gerlach (beide CSU)** fordern die Verbände, die Demokratiebildung in den Familien weiter zu stärken. Dazu gehört auch der flächendeckende **Ausbau der Familienbildung im Bereich Demokratie**, so die **Vorsitzende der eaf Sandra Schuhmann**. Ebenfalls fordern die Verbände den Ausbau der Medienkompetenz-Angebote zur Erkennung von Fake-News sowie die Schaffung von Räumen und kostendeckend refinanzierten Angeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene für vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die **Pflege von An- und Zugehörigen in den Familien**.

Derzeit werden 80 % der Pflegebedürftigen zu Hause von Angehörigen versorgt und gepflegt. „Diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe braucht deutlich mehr Wahrnehmung und Wertschätzung. Deshalb muss es Ziel sein, dass deren pflegende Tätigkeit nicht zum Nachteil für die eigene finanzielle und soziale Teilhabe wird“, so **Gerlinde Martin**. Dazu gehören intensive Beratungsmöglichkeiten und vor allem weniger Bürokratie bei der Antragstellung.



Die Ministerinnen mit den VertreterInnen der Verbände. Foto: StMAS/Nöte

Ein weiteres Thema ist die **Prävention bei psychischer und physischer Belastung der Familien**.

Auslöser für psychische und physische Belastungen sind vielfältig. Seit dem multiplen Auftreten von gesellschaftlichen Krisen ist der/die Einzelne starken Belastungen ausgesetzt. Deshalb fordern wir als AGF: Einen Ausbau von Fachambulanzen und Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie, hierzu müssen niederschwellige Zugänge geschaffen werden. „Die Ausbildung von Fachkräften für Kinder- und Jugendpsychiatrie, medizinisches und therapeutisches Personal muss priorisiert und das Angebot flächendeckend verstärkt werden. Lehrkräfte und pädagogisches Personal muss aus- und fortgebildet werden, damit innerfamiliäre Missstände von betroffenen Kindern und Jugendlichen oder psychische Problemlagen bereits in der Kita oder in der Schule erkannt werden können“, so **Ricarda Bollinger-Schönnagel, Vorsitzende des Deutschen Familienverbandes**.

Weiterhin braucht es den quantitativen, wie qualitativen Ausbau der Stellen von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an allen Schularten.

POSITIONIERUNG DES SOZIALEN NETZ BAYERN

Bayern ist gefordert, dem Rechtsruck entgegenzutreten. Es gilt, Zukunftschancen zu eröffnen und den Zusammenhalt zu stärken.

Seit geraumer Zeit nimmt der gesellschaftliche Zusammenhalt spürbar ab. Antidemokratische, rechtspopulistische und menschenfeindliche Einstellungen nehmen zu. Neben Konfliktlinien ob der gesellschaftlichen Modernisierung, z. B. im Bereich der Familien-, der Umwelt- oder der Migrationspolitik, sind es vor allem verschärfte Verteilungsaueinandersetzungen, die aus Sicht des SNB hierzu beitragen. Auch Statusängste und empfundene persönliche Zurücksetzung sind wichtige Treiber für den Rechtsruck. Dieser kann gestoppt werden.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann die wachsende Armut bekämpfen. Bayern kann Familien mit Kindern und pflegende Angehörige sowie chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung besser unterstützen. Bayern kann bessere Bildung organisieren. Bayern kann mehr tun für krisenfesten Arbeitsplätze, für mehr Zukunftsinvestitionen, für eine gerecht gestaltete und mitbestimmte Transformation. Bayern kann mit einer klaren Positionierung gegen rechtsextreme, menschen- und demokratiefeindliche Strömungen und für eine vielfältige und offene Gesellschaft sowie mit einer aktiven Sozialpolitik dem Rechtsruck entgegenzutreten, Zukunftschancen organisieren und damit den demokratischen und sozialen Zusammenhalt stärken.

Das SNB fordert: Den Sozialstaat ausbauen – Armut reduzieren

Gute Arbeit, soziale Sicherheit und eine gute Daseinsvorsorge sind die Mittel der Wahl gegen die soziale Spaltung. Auch im vermeintlich reichen Bayern gibt es vielfältige Armutslagen. Armut bedeutet mangelnde soziale Teilhabe, eine gefährdete Gesundheit und schlechtere Bildungschancen. Armut großer Bevölkerungsgruppen beschleunigt die soziale Spaltung und gefährdet letztlich unsere Demokratie. Denn wenn sich Menschen gesellschaftlich nicht mehr wertgeschätzt fühlen, dann verlieren sie das Vertrauen in das politische System. Teil dieses Problemkomplexes ist auch die anhaltend hohe prekäre Beschäftigung mit Niedriglöhnen in Bayern, die zu unsicheren Perspektiven führt.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann Armutslagen überwinden. Indem es prekäre Beschäftigung zurückdrängt und gute Arbeit fördert. Ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz wäre hier ein erster guter Einstieg. Bayern kann mehr Sicherheit und Zusammenhalt schaffen, indem es soziale Leistungen niedrigschwelliger gestaltet und Beratung ausweitet. Viel zu viele Menschen in Bayern kennen ihre sozialrechtlichen Ansprüche, ob Wohn- oder Bürgergeld, gar nicht. Bayern kann den sozialen Wohnungsbau massiv ausweiten. Wohnen zu erträglichen Kosten ist vielerorts in Bayern nicht nur ein soziales Problem, sondern auch eine mitentscheidende Bremse bei der Gewinnung von Fachkräften.

Das SNB fordert: Bessere Rahmenbedingungen für Bildung und Erziehung

Qualitativ hochwertige Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote in jedem Alter, die flächendeckend und unabhängig von Herkunft oder finanzieller Situation der Eltern zugänglich sind, bilden nicht nur die Basis

für eine bestmögliche Förderung aller Kinder und junger Menschen für Inklusion, Integration und soziale Durchlässigkeit. Sie sind auch Garant für die eigenständige und selbstbestimmte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben – dem wichtigsten Hebel in Bayern, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Um eine ganzheitliche Bildungsteilhabe anzustoßen, muss auch die Familien- und Erwachsenenbildung weiter gestärkt werden.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann die Familien- und Erwachsenenbildung ausbauen und finanziell stärken. Bildungszugänge können verbessert werden. Bayern kann mehr in Qualitätssicherung und Platzausbau im Rahmen der frühkindlichen Bildung investieren und Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung schneller umsetzen. Bildung ist ein Menschenrecht. Auch das „System Schule“ muss nachhaltig und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Hierzu gehört auch, der Demokratiebildung erheblich mehr Bedeutung zu verleihen.

Über alle Schularten hinweg bedarf es hierzu einer Investitionsoffensive in Gebäude, Ausstattung und Köpfe. Bayern kann durch die Einführung eines Bildungszeitgesetzes einen Beitrag leisten, den vielen tausenden an Ehrenamtlichen für ihre verantwortungsvollen Aufgaben einen Rahmen zu bieten, sich weiterzuqualifizieren. Bayerweite Angebote der Demokratiebildung sind notwendig und vom Freistaat zu unterstützen.

Das SNB fordert: Pflege stärken und Barrieren abbauen

Die Pflege ist und bleibt eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Insgesamt gibt es in Bayern etwa 600.000 Pflegebedürftige, von denen 81 Prozent zu Hause versorgt werden. Um sie kümmern sich mehr als 900.000 Angehörige, die häufig finanziell und gesundheitlich an ihre Grenzen gehen. Das SNB sieht die Politik in der Pflicht, für bessere Rahmenbedingungen in der Pflege in ganz Bayern zu sorgen – vor allem die kommunale Pflegeinfrastruktur muss ausgebaut werden. Das SNB mahnt einen deutlich schnelleren barrierefreien Ausbau in allen Bereichen in ganz Bayern an. Barrierefreiheit ist Voraussetzung dafür, dass Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft teilhaben können. Doch auch ältere Menschen oder Familien mit Kindern profitieren davon stark.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann gute Unterstützungs- und Pflegeangebote flächendeckend organisieren. Kurzzeit- und Tagespflegeplätze sind hier ebenso in den Blick zu nehmen wie flächendeckende Beratung durch Pflegestützpunkte. Bayern muss seiner Verantwortung nachkommen und die Investitionskosten in den Pflegeheimen übernehmen und somit zur Reduzierung bei den Eigenanteilen beitragen. Eine gute Pflegeinfrastruktur zu schaffen, ist Aufgabe der Staatsregierung im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Barrierefreiheit kann in ganz Bayern in allen Bereichen zum Standard werden, dazu braucht es Förderprogramme sowie ausreichend Finanzmittel durch den Freistaat – auch für die Kommunen. Die Mobilität aller Menschen in Bayern kann nur durch einen ausgebauten, barrierefreien ÖPNV sichergestellt werden. Eine bayerische Fachstelle Barrierefreiheit, die jedoch unabhängig sein muss, kann hier wichtige Impulse liefern.

Das SNB fordert: Den sozial-ökologischen Umbau mitbestimmt gestalten

Klimapolitik und Sozialpolitik können nicht getrennt voneinander gesehen werden, sie müssen miteinander verbunden werden. Der sozial-ökologische Umbau wird nur dann gelingen, wenn die Menschen Vertrauen in staatliche Gestaltungskraft und demokratische Institutionen haben und wenn er von der Bevölkerung mitgetragen und sozial gerecht gestaltet wird. Dies trifft auf die Arbeitswelt ebenso zu wie auf das persönliche Lebensumfeld. Es gilt, diesen Wandel mitbestimmt zu gestalten. Damit Zukunftschancen eröffnet werden und Zusammenhalt unterstützt wird, bedarf es größerer Anstrengungen, die laufenden und bevorstehenden Prozesse gemeinsam mit den Menschen in ihrem beruflichen wie privaten Umfeld zu gestalten.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann Bürgerinnen und Bürger die Ängste vor dem Wandel nehmen und sie einladen zu Beteiligungsformaten wie Bürgerdialogen. Diese Mitbestimmung wird dazu

führen, dass sich die Menschen als Gestalterinnen und Gestalter der Zukunft und nicht als Opfer des Wandels sehen. Bayern kann mehr partizipative Formate des Dialogs, der Beteiligung und Mitbestimmung organisieren und die Menschen zu Gewinnern des Wandels machen. Diese, den Zusammenhalt stärkenden Elemente, sind angesichts der historischen Herausforderung zu entwickeln, zu stärken sowie finanziell zu hinterlegen.

Bayern kann einkommensschwache Haushalte stärker unterstützen, um der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Jegliche Kürzungen im Sozialbereich wären Brandbeschleuniger sozialer Konflikte. Vielmehr bedarf es des Ausbaus und der Sicherstellung der Finanzierung von Beratungsangeboten. Konkrete Programme zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen oder der Sicherstellung von bezahlbarer und verfügbarer Mobilität sind weitere wichtige Bausteine. Diese Maßnahmen tragen zu einer Stärkung des Vertrauens in die Gestaltungskraft einer demokratischen Gesellschaft bei.



Information aus dem Bundesverband

DFV ZU UNION-ANTRAG: ENDLICH WIEDER SCHWUNG BEI STEUERLICHER ENTLASTUNG VON FAMILIEN

2. Oktober 2024 | Bundestag, Kinderfreibetrag

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf will die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag mehrere steuerpolitische Maßnahmen umsetzen. Dazu gehört eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von hausnahen Dienstleistungen, wie z. B. Haushaltshilfen sowie die Möglichkeit einer steuerlichen Absetzung solcher Leistungen für Großeltern. Nicht zuletzt will die Union die bis 2022 bestandene Stufung beim Kindergeld für Eltern mit mehr als zwei Kindern wieder einführen.

Der Antrag von CDU und CSU („Familien steuerlich stärken – Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenpflege“) wird derzeit im Bundestag beraten. Zuletzt war er Gegenstand einer Öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses, an der auch die Grundlagenreferentin des Deutschen Familienverbandes (DFV), Iris Emmelmann, teilnahm. Der DFV legte eine schriftliche Stellungnahme vor.

Vom Selbsterwirtschafteten leben können

In der Anhörung bewertete Iris Emmelmann den Unionsantrag insgesamt positiv: „Jenseits aller Einzelbeurteilungen finden wir ihn [den Antrag, Anmerk. der Red.] wichtig, weil er endlich wieder Schwung bringt in die Diskussion über die steuerliche Entlastung von Familien.“ Sie stellte heraus, dass steuerliche Entlastungen grundlegend seien. Familien müssten vom dem, was sie selbst erwirtschaften, leben können. Im Mittelpunkt stehe dabei der allgemeine Familienleistungsausgleich, also die steuerliche Freistellung des Existenzminimums durch den Kinderfreibetrag bzw. das Kindergeld.

Die DFV-Expertin empfahl eine deutliche Erhöhung des Kinderfreibetrags – inklusive des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf (BEA) – „auf die Höhe des Grundfreibetrags für Erwachsene“. Das Kindergeld müsse, gekoppelt an die maximale steuerliche Entlastungswirkung des Kinderfreibetrags, ebenfalls deutlich steigen.

Stufung übergangsweise wieder einführen

In der Frage der Wiedereinführung der Kindergeld-Stufung wies Iris Emmelmann auf den Leitspruch des Deutschen Familienverbandes hin, dass jedes Kind dem Staat gleich viel wert sein muss. Weshalb es sich bei diesem Punkt um eine Gewissensfrage handle. Angesichts der Bedeutung von Mehrkindfamilien für die Demografie und der Tatsache, dass diese zusammen mit den Alleinerziehenden am stärksten von Armut bedroht sind – bei der letzten Kindergelderhöhung aber hinten an hängen – sei es sinnvoll, in einem Übergang zur Stufung zurückzukehren.

Die Grundlagenreferentin hob jedoch hervor, dass es wünschenswert sei, wenn der nächste Schritt schon aufgezeigt wird: ein einheitliches Kindergeld auf ausreichend hohem Niveau. Eine wirklich große Leistung wäre ein Kindergeld in der vom Deutschen Familienverband angeregten Form.

Weitere Details zum Unions-Antrag sind in der [schriftlichen Stellungnahme des Deutschen Familienverbandes](#) zu finden.

DFV VOR ORT:

OV Mangfall-Inn

100 JAHRE DEUTSCHER FAMILIENVERBAND

Die Gründung des Familienverbandes liegt nun unter dem Namen „Bund der Kinderreichen“ bereits 102 Jahre zurück. Es bildete sich der Bundesverband, Landesverbände, Bezirks- und Kreisverbände und die Ortsverbände. Kolbermoor kann auf eine Zeit von 100 stolzen Jahren zurückblicken. Kreis- und Bezirksverbände wurden aufgelöst und der Name in „Deutscher Familienverband“ geändert. Auch der Name Ortsverband Kolbermoor änderte sich 2001 durch Zusammenschlüsse in „Mangfall Inn e.V“. Der Verband ist parteipolitisch und konfessionell ungebunden und vertritt die Interessen der Familien auf gesellschaftlicher und politischer Ebene.

Anfangs waren es die vereinten Familien, die gemeinsam ihre Häuser bauten und sich daraus auch verschiedene Siedlervereine gründeten. Bedeutende Vorsitzende wie Josef Brosch, Ehrenvorsitzender Hans Schwägerl, Brigitte Zlamal, Paul Rohkst, Peter Glas und Thoma Renz investierten viel Zeit, um für die Belange der Familien zu kämpfen. Der Verband hat schon einiges erreicht. Einführung des Kindergeldes, Ehe- und Familiengründungsdarlehen, erweitertes Landeserziehungsgeld, Einstieg in die Anrechnung der Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung für die erziehende Person. Es sind nur einige Beispiele der erfolgreichen Arbeit auf



Landes- und Bundesebene. Und es gibt noch viel zu tun. Wie damals ist auch heute die Devise „Der Familie verpflichtet“.

Das ist auch der oberste Leitsatz des Mangfall-Inn e.V. Hier liegt der Fokus auf frühkindliche Erziehung. Vor etwas über zwanzig Jahren wurde das Zwergerlhaus ins Leben gerufen. Eltern-Kind-Gruppen und Spielgruppen für Kinder vor dem Kindergarten. Die ersten sozialen Erfahrungen. Auch in Hochstätt hat der Familienverband Kinderbetreuung mit Singen, Basteln, Spielen und vieles mehr, je nach Jahreszeit.

Seit 11 Jahren trägt Angelika Fabian die Verantwortung für den Verein. Und als Mitglied im Landesverband weiß sie, wo der Schuh drückt. Es gibt noch viel zu tun.

Kolbermoor bereitet sich jedenfalls auf ein spezielles Sommerfest zum 100-jährigen Jubiläum vor. Die Veranstaltung, zu der auch die Bevölkerung eingeladen ist, findet am Samstag, den 13.07.24 ab 10:30 Uhr statt. Auf dem Programm stehen: Musik mit Beppo, Tombola, Zauberer und Kinderschminken, Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

OV Murnau

JAHRESBERICHT AUS DEM MURNAUER FAMILIENVERBAND

Wir haben ein schönes und erfolgreiches Jahr hinter uns gebracht!

Die Mitgliederzahlen konnte mit Ein- und Austritten stabil gehalten werden, dies freut uns sehr! Unsere Kleiderzentrale erfreut sich großer Beliebtheit und dank der zweiten Vorsitzenden Frau Silvia Auer kann die Kleiderzentrale mit etlichen HelferInnen regelmäßig geöffnet sein. Der Bürgermeister aus Murnau war im Februar einmal bei uns und hat uns tatkräftig unterstützt, um zu sehen, wieviel Arbeit dahintersteckt!

Im Juli und August konnten wir zwei Ausflüge anbieten – einmal zur Freilichtbühne nach Altsried zur Aufführung „Die Schöne und das

Biest“ und im August ging es ins Legoland. Jeder Ausflug konnte mit einem voll besetzten Reisebus die Fahrt beginnen!

Den Abschluss bildet nun die Weihnachtsfeier mit Nikolausbesuch sowie einem Verkaufsstand am Weihnachtsmarkt in Ohlstadt. Das nächste Jahr starten wir mit der Teilnahme an der sozialen Messe sowie zwei größeren Ausflugsfahrten.

Ricarda Bollinger-Schönnagel
(1. Vorsitzende Ortsverband und Landesverband)



Besuch des heiligen St. Nikolaus in Begleitung eines Engels.

OV Weilheim

GROSSER MARTINSUMZUG IN WEILHEIM ZUM 54. MAL – DIE KINDER LIEBEN IHN EINFACH

Von hunderten Kindern wurde der Heilige Martin auf seinem Pferd freudig bejubelt.

Traditioneller Martinsumzug in Weilheim zog wieder hunderte Familien an. Auch die Mantelteilung wurde wieder vor würdiger Kulisse gezeigt. Dass er seit vielen Jahren einer der größten Martinsumzüge der Umgebung ist, ist eigentlich nur eine Randnotiz. Viel wichtiger ist, dass ihn die Kinder aus Weilheim und dem Umland heiß und innig lieben. Kein Wunder, ist hier doch alles dabei, um die Geschichte des Heiligen Martin kindgerecht und eindrucksvoll nachzuerzählen und den Tag wieder zu einem schönen Erlebnis für die ganze Familie zu machen.

Gesäumt von bunten Laternen zieht St. Martin durch die Weilheimer Innenstadt

So wieder geschehen am Sonntag, den 17.11.24 – und das nun bereits zum 54. Mal: Der Dt. Familienverband Weilheim e.V. (DFV) hat traditionell dazu wieder alle Interessierten eingeladen. Und dieser Einladung sind – ebenfalls traditionell – etwa 1000 Menschen gefolgt. Die Hauptfiguren des Abends waren, neben dem Heiligen Martin, der auch heuer wieder von Christina Reichert und ihrem St-Martin-Pferd Payasso gemimt wurde, die Mädchen und Jungen mit ihren bunten, selbstgebastelten Laternen. Die Familien waren in Scharen gekommen, säumten die Straßen der



Weilheimer Innenstadt und folgten begeistert dem Heiligen hoch zu Ross. Die Martinslieder wurden von Groß und Klein lautstark mitgesungen, die die Weilheimer Stadtkapelle wunderbar musikalisch anstimmte und begleitete. Am Ende angekommen gab es selbstverständlich wieder für jedes Kind einen Lebkuchen gratis, den die Kleinen und Großen allesamt mit leuchtenden Augen dankend entgegen nahmen. Im Anschluss durften die Kinder die Mantelteilung hautnah miterleben, bevor man sich dann am Stand des Familienverbands mit leckerem Punsch, Glühwein

und gebackenen Martinsmännern zu besonders familienfreundlichen Preisen gestärkt hat. Da es das Wetter diesmal besonders gut meinte, verweilten viele noch lange bei netten Gesprächen auf dem Marienplatz. Die Kinder nutzten hier auch gleich die Möglichkeit, mit dem Pferd auf Tuchfühlung zu gehen. Der Familienverband betonte wieder besonders, dass ohne die Unterstützung von vielen insbesondere Ehrenamtlichen dieser Umzug gar nicht stattfinden könnte. Deshalb ein herzliches Dankeschön auch an die Stadtkapelle, das THW und die Polizei.

OV Nürnberg-Süd

STEINBRÜCHLEIN KÄRWA

Am Sonntag, den 09.06.2024 war es wieder so weit: die jährliche Steinbrüchlein Kärwa des Gasthauses Grüner Baum (aus Kornburg) fand bei hervorragendem Wetter statt. Es war nicht zu warm, nicht zu kalt und vor allem nicht nass. Aufgebaut war flott, alle Teilnehmenden wussten sofort, wo hingelangt werden muss.

Die Aktionen des Familienverbandes kamen sehr gut an. Ob Tombola, die schnell geleert war, Fische angeln mit Belohnung, oder Kinderbasteln mit der spannenden Idee eines selbst bemalten Bechers, wo ein Knopf an einem Seil befestigt wieder eingefangen werden sollte, oder Kinderschminken und natürlich die selbstgebastelte Gummibären-Geschenk-Maschine, bei der ein großer roter Gummibär mit einem Softball umgehauen werden muss, um an das heiß begehrte Geschenk zu gelangen. Die Kinder waren voll dabei; manche kamen gefühlt hundertmal, um ihr



Wurfglück zu belohnen. Einige Kids konnten sich sogar erinnern und fragten nach den eigentlichen Gummibärchen.

Diese gab es diesmal leider nicht, dafür aber Witziges, wie ein kleines aufziehbares Äffchen, das Saltos ausführte, oder ein Faultier, das nach dem Aufziehen schnell davonrannte. Selbst unsere Linda war hellauf begeistert.

Den Hauptgewinn der Tombola – eine dreitägige Berlinreise mit Besuch einer politischen Veranstaltung – gewann ein DFV-Mitglied und ratet mal wer? Na klar, der Dieter Schaller mit seinem ebenfalls wiederholten Glücksgriff. Herzlichen Glückwunsch und viel Vergnügen.

Nach fleißigem Tun gehört natürlich als krönender Abschluss ein gemütliches Beisammensein dazu, was sicherlich viel Spaß machte, mein Mann Günter und ich radelten jedoch heim zu unseren wartenden Wauzi's.

Dann hoffentlich bis 2025 zur nächsten Steinbrüchlein Kärwa...

Eure Inge

Wichtige Änderungen für Familien im Jahr 2025

NEUE GESETZE UND VERORDNUNGEN

Mindestlohn, Minijob, Grundfreibetrag und Wohngeld

- Der gesetzliche **Mindestlohn** steigt ab Januar von 12,41 auf 12,82 Euro brutto pro Stunde.
- Die monatliche Verdienstgrenze für **Minijobs** erhöht sich von 538 auf 556 Euro.
- Der steuerliche **Grundfreibetrag**, also das Einkommen, bis zu dem keine Einkommenssteuer gezahlt werden muss, steigt von bisher 11.604 rückwirkend zum 1. Januar 2024 auf 11.784 Euro, im Jahr 2025 dann auf 12.084 Euro.
- Das **Wohngeld** steigt um durchschnittlich 15 Prozent, was etwa 30 Euro mehr pro Monat entspricht. Der staatliche Zuschuss soll Menschen mit geringem Einkommen bei den Wohnkosten entlasten und wird alle zwei Jahre an die Entwicklung von Mieten und Preisen angepasst. Von der Erhöhung profitieren etwa 1,9 Millionen Haushalten im Schnitt erhalten sie 400 Euro im Monat.

Kinderfreibetrag, Kindergeld, Einkommensgrenze für Elterngeld

- Der steuerliche **Kinderfreibetrag** wird um 60 Euro angehoben – von 9.540 auf 9.600 Euro pro Kind.
- Auch das **Kindergeld** soll steigen. Familien sollen für jedes Kind 255 Euro pro Monat erhalten – 5 Euro mehr als bisher.
- Der **Kinder-Sofortzuschlag** für Familien, die von Armut betroffen sind oder ein geringes Einkommen haben, soll um 5 Euro auf 25 Euro je Kind und Monat steigen.
- Ab dem 1. April 2025 sinkt die **Einkommensgrenze** für den Bezug von **Elterngeld**. Nur Paare und Alleinerziehende, die ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von maximal 175.000 Euro haben, erhalten Elterngeld. Die bisherige Grenze liegt bei 200.000 Euro. Übersteigt das Einkommen diese Grenze, entfällt der Anspruch auf die Leistung.

Mindestunterhalt für Kinder

Ab dem 1. Januar 2025 wird der **monatliche Mindestunterhalt** für minderjährige Kinder in allen Altersgruppen minimal angehoben. Für Kinder bis fünf Jahre steigt der Betrag von 480 auf 482 Euro, für Kinder von sechs bis elf Jahre von 551 auf 554 Euro und von 12 bis 17 Jahre von 645 auf 649 Euro. Volljährige Kinder erhalten 693 statt 689 Euro. Höher fällt der Bedarfssatz für Studierende aus, die nicht bei ihren Eltern oder einem Elternteil leben. Sie erhalten nun 990 statt 930 Euro.

Pflegeversicherung

- Der **Beitragssatz** zur sozialen Pflegeversicherung wird zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozentpunkte erhöht.
- Die **Leistungsbeträge** für Pflegeleistungen steigen ab Januar 2025 um 4,5 Prozent, darunter auch das Pflegegeld.
- Ab Juli wird ein **gemeinsamer Jahresbetrag** von 3.539 Euro für Ersatz- und Kurzzeitpflege eingeführt, der flexibel für beide Leistungen genutzt werden kann. Außerdem besteht der Anspruch auf Ersatzpflege sofort – Voraussetzung ist bisher, dass die Pflegeperson den Pflegebedürftigen schon sechs Monate lang zu Hause gepflegt hat.

Bemessungsgrenzen in der Renten- und Krankenversicherung

- **Rentenversicherung:** Aufgrund der gestiegenen Löhne und Gehälter steigen zum 1. Januar 2025 die Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung – von 7450 Euro in den neuen Bundesländern und 7.550 Euro in den alten erstmalig einheitlich auf 8.050 Euro pro Monat. Die Beitragsbemessungsgrenze ist der Höchstbetrag, bis zu dem Einkommen bei der Berechnung des Beitrags berücksichtigt wird.

Für darüber hinausgehendes Einkommen müssen keine Beiträge gezahlt werden.

- **Krankenversicherung:** Die Beitragsbemessungsgrenze steigt ebenfalls – auf jährlich 66.150 Euro (5.512,50 Euro im Monat). 2024 lag sie bei 62.100 Euro jährlich (5.175 Euro im Monat). Die Versicherungspflichtgrenze – der Einkommenshöchstbetrag, bis zu dem Beschäftigte gesetzlich krankenversichert sein müssen – erhöht sich auf 73.800 Euro pro Jahr (6.150 Euro im Monat). 2024 lag sie bei 69.300 Euro jährlich (5.775 Euro im Monat).

Elektronische Patientenakte

Die **elektronische Patientenakte (ePA)** wird Anfang 2025 für alle gesetzlich Versicherten eingeführt und soll die alte Zettelwirtschaft beenden und alle Patientendaten, die an verschiedenen Orten abgelegt sind, digital zusammentragen. Dadurch sollen Arztpraxen, Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen besser vernetzt werden und schnelleren Zugriff auf relevante Daten erhalten. Außerdem sollen Wissenschaft und Forschung die Daten leichter nutzen können. Die ePA wird zunächst in zwei Modellregionen ausgerollt, ab Anfang März 2025 soll sie dann für alle deutschlandweit nutzbar sein.

Amalgam-Füllungen ab 2025

Amalgam ist ab dem kommenden Jahr als Zahnfüllung EU-weit verboten und damit auch keine Kassenleistung mehr. Für die neue Standardfüllung der gesetzlichen Krankenkassen stehen mehrere Werkstoffe zur Verfügung, in den meisten Fällen ein einfacher Kunststoff oder eine Füllung aus einem Glas-Zement. Gegen private Zuzahlung können Patientinnen und Patienten auch höherwertige Füllungen wählen. Ausnahmen für die Neuregelung gibt es nur, wenn ein Arzt die Behandlung mit dem quecksilberhaltigen Stoff für unbedingt erforderlich hält.

CO₂-Preis steigt – Tanken und Heizen wird teurer

Der CO₂-Preis steigt ab Januar 2025 von 45 auf 55 Euro pro Tonne. Das wirkt sich auf die Preise von Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl aus. Der CO₂-Preis soll den klimaschädlichen Verbrauch fossiler Brennstoffe und damit den CO₂-Ausstoß verringern und dabei helfen, die deutschen Klimaziele zu erreichen.

Briefe und Pakete

- **Längere Briefzustellung:** 95 Prozent der Briefe müssen künftig erst nach drei Werktagen statt wie bisher nach zwei Tagen ihren Empfänger erreichen.
- **Preiserhöhungen für Briefe:** Der Standardbrief kostet künftig 95 Cent (statt 85 Cent). Auch andere Produkte wie Postkarten (95 Cent statt 70 Cent), Kompaktbriefe (1,10 Euro statt 1,00 Euro), Großbriefe (1,80 Euro statt 1,60 Euro) und Maxibriefe (2,90 Euro statt 2,75 Euro) werden teurer.
- **Preiserhöhungen für Pakete und Päckchen:** Das Päckchen S kostet künftig 4,19 Euro (statt 3,99 Euro), das Päckchen M 5,19 Euro (statt 4,79 Euro). Das Paket bis 2 Kilogramm (nur online) kostet 6,19 Euro (statt 5,49 Euro), und das Paket bis 5 Kilogramm 7,69 Euro (statt 6,99 Euro).
- Pakete sind in der Nähe zu hinterlegen: Verbraucher müssen Pakete nicht mehr an weit entfernten Orten abholen, denn Sendungen dürfen nur in unmittelbarer Nachbarschaft, am nächstgelegenen Ort abgegeben werden, wenn sie nicht zugestellt werden können.

BITTE SPENDEN



DFV-KTO.: DE49 7506 9171 0001 8174 50

GUTE GRÜNDE FÜR EINE MITGLIEDSCHAFT

Es gibt gute Gründe für eine Mitgliedschaft im Deutschen Familienverband. Der Deutsche Familienverband ist seit vielen Jahrzehnten DIE Lobby für Familien. Mit Ihrem Engagement als DFV-Mitglied investieren Sie einen kleinen Beitrag in die Zukunft unserer Gesellschaft.

ALS DFV-MITGLIED ...

- können Sie die Welt im Kleinen und Großen familiengerechter machen
- sind Sie ein wichtiger Teil des größten und ältesten Familienverbandes in Deutschland
- können Sie durch Engagement und Mitarbeit gestaltender Teil der Familienpolitik sein und Verbesserungen für Kinder und Eltern erreichen
- können Sie sich mit uns politisch einmischen, damit es Familien in Deutschland besser geht
- engagieren Sie sich für kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Großeltern, Patchworkfamilien und für Familien bestehend aus Mutter, Vater, Kind(ern)
- helfen Sie, Familien in den Mittelpunkt von Gesellschaft und Politik zu rücken
- treffen Sie auf Gleichgesinnte in unseren bayernweiten Ortsverbänden, die sich für ein kinder- und elternfreundliches Deutschland engagieren
- haben Sie eine kompetente Interessenvertretung für Familien gegenüber Politik und Wirtschaft auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene
- helfen Sie, Kinder glücklich und Eltern stark zu machen

WERDEN SIE JETZT MITGLIED IM DFV - LANDESVERBAND BAYERN!

IMPRESSUM

SoFa – Soziales & Familie. Das Magazin des DFV-Landesverbandes Bayern e. V.

Herausgeber:
Deutscher Familienverband
Landesverband Bayern e. V.

Redaktion:
Sabine Engel
Gestaltung und Druck:
Kastner AG – das medienhaus

V. i. S. d. P.:
Deutscher Familienverband
Landesverband Bayern e. V.

KONTAKTDATEN

Deutscher Familienverband e.V.
Landesverband Bayern
Landesgeschäftsstelle
c/o Clubhaus Schwalbennest
Pfälzer-Wald-Straße 70
81539 München

Tel.: 089 / 21 528 055
Montag und Donnerstag
14:00 bis 16:00 Uhr / nur telefonisch
erreichbar, kein Publikumsverkehr
E-Mail: info@dfv-bayern.de
www.dfv-bayern.de
Die Publikation wird gefördert durch:



Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

// Zukunftsministerium
Was Menschen berührt.

Lernen Sie uns einfach kennen:
<https://www.facebook.com/dfvbayern/>